

DIE LINKE.

PDS

extraDrei

Die Zeitung für Pankow – Prenzlauer Berg – Weißensee

Dezember 2005



Der Neue

Berlin
attraktiv
sozial
gerecht.
Gemeinsam
sind wir
Stark!

Seite 3

Fragen

wer schloss die eiserne Tür?

Seiten 6-7

Die Linke.

Seite 4

Aus BVV und Ausschüssen

Denkwürdiges am 9. November



Die Tagung der Bezirksverordnetenversammlung im November fand an dem Tag statt, an dem sich sowohl die Pogromnacht im Jahre 1938 als auch der Fall der Mauer 51 Jahre später jährt.

Eine neue Fraktion gibt es in der BVV, die der FDP, die auch gleich durch eine verspätetes Erscheinen in knallgelben T-Shirts unangenehm auffiel. Herr Spannemann – vormals parteilos nach Austritt aus der CDU – ist der FDP beigetreten, womit die drei Verordneten dieser Partei nun eine Fraktion bilden. Das bedeutet auch, daß diese Fraktion künftig mit Sitz und Stimme in allen Ausschüssen der BVV vertreten ist.

Ein von Bündnisgrünen, SPD und Linkspartei.PDS getragener Dring-

lichkeitsantrag zur Bildung eines runden Tisches zum weiteren Umgang mit dem Stadtbad Oderberger Straße wurde nach kurzer Debatte mit breiter Mehrheit beschlossen. Auslöser war die Rücknahme der Fördermittelzusage durch die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung. Am 1. November hatte die Senatorin Junge-Reyer (SPD) auf der Senatspressekonferenz erklärt, daß die Fördermittel von insgesamt rund 5,1 Millionen Euro für die Sanierung des denkmalgeschützten Hauses nicht mehr zur Verfügung stehen. Die Genossenschaft, die das Haus im Jahre 2002 zwecks Sanierung vom Land Berlin erworben hat, wartet übrigens bis heute auf eine Mitteilung des Senats zur Sache.

Bevor ein Großteil der Bezirksverordneten Richtung Bösebrücke an der Bornholmer Straße aufbrach, um an einer Gedenkveranstaltung zum 16. Jahrestag des Mauerfalls teilzunehmen, wurde noch der Vertreter der BVV im Verwaltungsrat des Eigenbetriebes für die bislang kommunalen Kindertagesstätten gewählt. Ab Januar 2006 wird der „Eigenbetrieb Kindergärten NordOst“ die kommunalen Kitas verwalten, die in den Bezirken Pankow, Lichtenberg und Marzahn-Hellersdorf liegen. Nach langer Zeit schaffte es die BVV einmal nicht, ihre Tagesordnung abzuarbeiten. Deshalb wurde die Novembertagung am 30.11. fortgeführt.

Jens Neumann
Bezirksverordneter

Zu teure Erziehung?

Um voraussichtlich ca. fünf Millionen Euro wird der Bezirk Pankow im Jahr 2005 die ihm durch die Landesebene zugewiesenen Haushaltsmittel im Bereich der



Hilfen zur Erziehung überschreiten. Das Jugendamt macht also, wie auch in den Jahren zuvor, „Schulden“. Dabei macht es „Schulden“, die eigentlich gar keine sind. Das liegt vor allem daran, dass die Höhe der Zuweisungen für diesen Bereich vom Finanzsenator nach einem System errechnet wird, das

seine Tücken und Fehler hat. Alle Beteiligten wissen das. Doch statt die Fehler dort zu korrigieren, wo sie vorhanden sind, werden die Bezirke beauftragt zu sparen, bis sich das Defizit ausgleicht. In Pankow soll dies, laut Senator Sarrazin, durch die Senkung der „Fallzahlen“ in der Jugendhilfe erreicht werden. Das hieße: Bitte nur keine neuen KlientInnen.

Dagegen aber wehren sich Bezirksamt und Bezirksverordnetenversammlung. Es ist und bleibt oberstes Gebot, den individuellen Rechtsanspruch von Familien, Kindern und Jugendlichen auf eine Hilfe zur Erziehung aufrecht zu erhalten. Das schließt ein, die pädagogisch tatsächlich notwendige und geeignetste Hilfe zu gewähren. So sieht es das Gesetz auch vor.

Trotzdem spart das Jugendamt. Von den Berlinweit erwirtschafteten Einsparungen in Höhe von 86 Millionen Euro in den Jahren 2002 bis 2005 hat allein das Jugendamt Pankow zehn Millionen Euro bei den Hilfen zur Erziehung erbracht. Seit 2002 hat es sich durch Um-

steuerungen um eine Senkung der Ausgaben bemüht. So wurden konsequent "Fallanalysen" und thematische Fortbildungen der MitarbeiterInnen zur Möglichkeit von fachlich vertretbaren Effektivitätserhöhungen durchgeführt. Auch neue Strategien und Angebote im Bereich der Hilfen zur Erziehung wurden und werden entwickelt. Nicht zuletzt wurden die Kostensätze, d.h. die Höhe des Entgeldes, für das die Hilfe für den Betroffenen erbracht wird, reduziert.

Die wesentlichsten Steuerungs- und Einsparmöglichkeiten sind damit nun aber ausgereizt, neue Einsparungen in oben genannten Größenordnungen einfach nicht zu erbringen. Trotzdem werden die Hilfeangebote zukünftig noch zielgenauer entwickelt und qualifiziert werden.

Das darf aber nicht auf Kosten derer geschehen, die Hilfe dringend benötigen und auch ein Recht darauf haben. Darin sind sich Politik und Verwaltung in Pankow einig.

Ines Pohl
Bezirksverordnete

Die Linke.PDS Berlin vor einer neuen Legislatur

Teamarbeiter mit Bodenhaftung

extraDrei sprach mit Klaus Lederer, neuer Landesvorsitzender der Linkspartei.PDS Berlin:

Landesvorstand, Abgeordnetenhaus, Wahlkampf, Staatsexamen – wann hast Du eigentlich das letzte Mal einen ruhigen Abend zu Hause verbracht?

Hin und wieder klappt das. Man muss ja nicht alles allein machen. Ich bin ein Teamarbeiter und ziehe mir nicht alles auf den Tisch. Im Wahlkampf wurde mir für „die Schriftlichen“ der Rücken freigehalten, im Februar ist hoffentlich alles geschafft.

Warum bist Du 1992 ausgerechnet an Deinem 18. Geburtstag Mitglied der PDS geworden? Garantiert nicht aus Langeweile.

Es war nicht der Geburtstag. Im grauen November erklärte mir der damalige Vorsitzende im Prenzlauer Berg, wer über die Partei meckert, könne auch eintreten. Das fand ich überzeugend – und so geschah es ...

Du bist rechtspolitischer Sprecher der Abgeordnetenhausfraktion, kein Fachgebiet überzogener öffentlicher Aufmerksamkeit. Ist das Interesse an diesem Thema durch Dein Jurastudium naturgegeben?

Jurastudium und gesellschaftswissenschaftliche Arbeit waren eher die Folge meines Interesses für die bestehenden Zustände – Recht und Normen gibt es zu fast allem. Es lag dann natürlich nahe, sich rechtspolitisch einzumischen.

Dabei geht es um weit mehr als um Knäste, Gerichte und Juristenausbildung, es ist ein Querschnittsfeld: Verfassungsrecht, Parlamentsrechtsfragen und vieles mehr. Das finde ich politisch interessant.

Vor zwei Jahren wurdest Du stellvertretender Landesvorsitzender. Stefan Liebich wird nicht mehr als Landeschef antreten und Du willst kandidieren. Warum?

Damals habe ich auch auf die Bitte von Stefan kandidiert, vor dem Hintergrund seines Ziels, eins seiner

beiden Ämter mittelfristig aufzugeben. Ich hielt es für richtig, Arbeit und Verantwortung auf mehr Schultern zu verteilen. Dies schließt die Bereitschaft ein, dies auch für sich selbst anzunehmen.

Ich denke, dass ich über einige Erfahrungen verfüge, die für diese Arbeit nützlich sein könnten und habe auch schon positive Resonanz erfahren. Es war gut, sich an die Kandidaturvorstellung einige Zeit zu gewöhnen und auch Erfahrungen sammeln zu können.

Gibt es zur Zeit nicht leichtere Aufgaben? Nächstes Jahr sind Berlinwahlen und die Fusion mit der WASG steht ins Haus...

Leichtere Aufgaben gibt es immer. Aber irgendwie muss ja die Arbeit gemacht werden, die da ist. Natürlich packen dich auch mal gemischte Gefühle, doch schließlich musste ich mich entscheiden.

Auf Bundesebene scheint die Fusion inzwischen schon gemachte Sache zu sein. In Berlin ist es schwieriger. Wie siehst Du die Lage?

Die Berliner WASG wird von anderen Milieus dominiert als andere Landesverbände. Ich hoffe aber, dass unsere Offenheit eine gute Lösung befördert. Der Vertrauensvorsprung von vielen Wählerinnen und Wählern darf nicht missachtet werden, er verpflichtet uns – Linkspartei wie WASG.

Welche politischen Inhalte sind Dir die nächsten zwei Jahre besonders wichtig und für was für ein „Miteinander“ möchtest Du in der Partei stehen?

Mir ist wichtig, dass die Trennung der Ämter in der Partei zu spüren ist, weil wir im Duo mehr leisten können. Natürlich bin ich nicht Stefan, ich werde manche Dinge selbst ausprobieren.

Ich will mithelfen, die Linkspartei Berlin weiter der Kommunikation mit der Stadtgesellschaft zu öffnen. Selbstvergewisserung ist wichtig, aber dafür wird man weder gewählt noch bewirkt man damit etwas.



Wenn die Partei aber kulturell und politisch ansprechend ist, müssen wir uns um die Zukunft keine Sorgen machen. Wär‘ schön, ich könnte dafür etwas tun.

Deine politische Arbeit begann hier im Bezirk. Bleibst Du auch nach einer Wahl zum Landesvorsitzenden dem Bezirk treu?

Natürlich werde ich bei den Hauptversammlungen, hin und wieder auch bei Basistagen, da sein. Dann bin ich als Parteitagsdelegierter des Bezirks seinen Mitgliedern verpflichtet. Schließlich will ich hier als Kandidat für die Berliner Wahl antreten.

Arbeit leiste ich hier z.B. mit der Reihe „Stadtgespräch“ ohnehin. Das soll auch weiter so sein. Ohne Bodenhaftung keine vernünftige Leitungsarbeit. Außerdem bin ich hier ja zu Hause.

Interview: Julian Plenefisch

Bundesparteitag der Linkspartei.PDS am 10. & 11. Dezember 2005 in Dresden

Schritte zur neuen Linken



Auf dem Parteitag in Dresden stehen Entscheidungen für die Parteibildung von Linkspartei und WASG an. Im Leitantrag „Für eine neue soziale Idee: Gemeinsam“ geht es um die Auswertung der Bundestagswahlergebnisse und den daraus resultierenden Herausforderungen.

Das gute Wahlergebnis der Linkspartei.PDS ist Ergebnis der Kooperation mit der WASG und anderen Linken. Der neue bundespolitische Einfluss für demokratische linke Politik ermöglicht, für einen Politikwechsel zu kämpfen. Das Wahlergebnis ist jedoch ambivalent. Rot-Grün wurde ab- und Schwarz-Gelb nicht gewählt. Das Ergebnis ist eine Große Koalition, obwohl über 50 Prozent der WählerInnen für eine Mehrheit links von der CDU gestimmt haben.

2009 wollen wir einen Richtungswechsel auf Bundesebene herbeiführen. Zuvor muss jedoch die Frage beantwortet werden, wie durch parlamentarische und außerparlamentarische Arbeit eine andere gesellschaftliche Mehrheit möglich wird. Sollte eine solche entstehen, muss die Linkspartei bereit sein, bei inhaltlicher Übereinstimmung, Regierungsverantwortung zu übernehmen. Auch lässt sich über die Landtagswahlen bis 2009 ein Kräftenwechsel im Bundesrat herbeiführen.

Der Leitantrag für den Bundesparteitag wirbt für die schnelle Bildung der neuen Linken. Für einen breit angelegten programmatischen Diskussionsprozess wird der Vorstand Anfang 2006 Thesen vorlegen. Grundlage ist das „Kooperationsabkommen III – Rahmenvereinba-

rung zum Parteibildungsprozess zwischen Linkspartei.PDS und WASG“. Mit ihr wird die Debatte eingeleitet und der zeitliche Rahmen festgelegt. Als Endtermin für die Parteibildung ist der 30. Juni 2007 benannt. Die Einrichtung gemeinsamer Steuerungs- und Fachgruppen ist geplant und die Parteien erklären, dass sie bei Wahlen nicht gegeneinander antreten wollen.

Mit Anträgen zum Statut soll der Parteitag die Doppelmitgliedschaft für Mitglieder der WASG ermöglichen. Der Vorstand der WASG will seinem Parteitag ähnliches vorschlagen. Ein solcher Schritt kann den Fusionsprozesses erleichtern. Er ermöglicht, dass die Mitglieder beider Parteien Wahlen gleichberechtigt vorbereiten.

Elke Breitenbach

Mitglied des Parteivorstands

Vom Keller in den dritten Stock

extraDrei sprach mit Petra Pau, Stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Linksfraktion im Bundestag.

Seit dem 18. September seid Ihr zwei plus 52 linke Abgeordnete im Bundestag. Wie ist die Stimmung?
Da ist eine spannende Mischung, die da zusammen gekommen ist: Linke aus Ost und West, Menschen

rechte und Demokratie.

Und wie wurde die Nichtwahl von Bisky als Vizepräsident des Bundestages aufgenommen?

Das schlechte Ereignis, die Nichtwahl, hat dazu geführt, dass sich Fraktion als Fraktion versteht. Die Mehrheit unserer Fraktion hat danach gesagt, dass sie erst jetzt begriffen hätten, was die Ausgrenzung Ostdeutscher bedeute.

Wie bewertest Du den Koalitionsvertrag von Schwarz-Rot?

Die Koalitionsverhandlungen gleichen einem Kuhhandel: Die SPD wollte keine Mehrwertsteuererhöhung und bekommt sie. Die Union war gegen die Reichensteuer und kriegt sie nun doch. Inhaltlich wird dies die Große Koalition des Sozialabbaus und des Wegschneidens.

Wie stellt sich die Linke inhaltlich dagegen auf?

Wir haben ein 100-Tage-Programm in der Fraktion verabschiedet. Wir wollen insbesondere mit Initiativen zur Sozialen Gerechtigkeit und zum Frieden in die Debatte eingreifen.

So haben wir den Antrag gestellt, deutsche Soldaten aus Afghanistan abzuziehen und wollen, dass Bürgerrechte nicht nur für die Reichen und Schönen gelten. Das heißt, dass die entwürdigende Behandlung von Hartz IV-Empfangenden bei der Datenerhebung aufhören muss.

Auch haben alle vier Berliner Bundestagsabgeordneten der Linkspartei eine Große Anfrage gestartet, die die Offenlegung der baulichen und finanziellen Risiken des Palastabrisse fordert.

Bis Ende Oktober bestand die Fraktion aus einem Büro im Keller.

Ja, denn die Abgeordneten des alten Bundestags hatten bis dahin noch „Wohnrecht“. Erst jetzt erfolgte die Raumzuweisung an die Linksfraktion. Ich selbst bin auch vom Keller in den dritten Stock "aufgestiegen". Trotzdem, ich gehe davon aus, dass die Fraktion erst Ende des Jahres technisch arbeitsfähig sein wird. Aber politisch werkeln wir schon jetzt.

Interview: *Sandra Brunner*



aus zwei Parteien, Gewerkschafter und Parteilose. Wir haben die Chance, Politik aus einer neuen Perspektive zu entwickeln. So bin ich beispielsweise zusammen mit Kersten Naumann die einzigen „Ossis“ in unserem Arbeitskreis BürgerInnen-

Aus dem Bezirk

Alltag

■ 30 Jahre Musikschule Weißensee

Das nächste Rathauskonzert im Rathaus Weißensee am 10. Dezember steht ganz im Zeichen des 30. Geburtstages der Musikschule Weißensee, an der heute über 900 Schüler eine Gesangs- oder Instrumentalausbildung erhalten. Anlässlich dieses Jubiläums wurde ein Kompositionswettbewerb ausgeschrieben, zu dem Beiträge aus mehreren Bundesländern eingesandt wurden. Unterstützt wurde die Musikschule von der GESO-BAU-Stiftung und dem Rotary-Club Berlin-Pankow. Es spielt das Kammerorchester Weißensee. Die Reihe der Rathauskonzerte in Weißensee wird veranstaltet vom Freundeskreis der Musikschule Weißensee e.V. Schirmherr der Konzerte ist Bezirksbürgermeister Burkhard Kleinert.

■ Rechtsberatung im Sozialamt

Aufgrund von strukturellen Veränderungen im Sozialamt Pankow haben sich die Sprechzeiten der kostenlosen Rechtsberatung geändert. Sie findet jetzt dienstags in der

Zeit von 14-18 Uhr statt, Tel.: 030/90295 5474.

Außerdem besteht die Möglichkeit für Einwohner der Bezirksteile Pankow und Weißensee im Amtsgericht Pankow/Weißensee und für Einwohner des Bezirksteils Prenzlauer Berg im Amtsgericht Mitte einen Beratungshilfeschein für eine Rechtsberatung zu beantragen., mit dem ein selbst bestimmter Rechtsanwalt aufgesucht werden kann. Zur Prüfung der persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse sind dem Amtsgericht aktuelle Einkommensbelege sowie Belege über die monatlichen finanziellen Belastungen vorzulegen.

■ Gesucht: Ehrenamtliche

Das Bezirksamt Pankow sucht Soko's für den Einsatz in den Bereichen Besucherdienst in Heimen, Gratulationen und Ehrungen älterer Menschen sowie Sonder-Soko's für den Seniorentreffpunkt im Tiroler Viertel. Eigenständiges organisieren von Kaffeenachmittagen und anderen Freizeitveranstaltungen für ältere Menschen sind hier der Schwerpunkt der ehrenamtlichen Arbeit. Das Bezirksamt be-

gleitet unterstützend bei der Ausübung des Ehrenamtes. Eine monatliche Aufwandsentschädigung wird gezahlt. Interessierte Pankower Bürgerinnen und Bürger melden sich bitte unter Tel.: 030/90295 6830 oder 030/90295 6836.

■ Bau Pistoriusstraße

Am 21. November haben die Straßen- und Leitungsbauarbeiten in Fortführung des Straßenneubauvorhabens Pistoriusstraße im Abschnitt zwischen Roelckestraße und Hamburger Platz begonnen. Erneuert werden Fahrbahn, Gehwege, Beleuchtung und Regenentwässerung. Der vorhandene Baumbestand wird ergänzt. Außerdem erneuern die Berliner Wasserbetriebe die Trinkwasserleitung sanieren.

Der Straßenabschnitt wird für den Bauzeitraum als Einbahnstraße in Richtung Hamburger Platz ausgeschildert. Die Bauarbeiten in diesem Teilabschnitt werden voraussichtlich bis August 2006 dauern. Die anteiligen Baukosten betragen ca. 1.100.000 Euro. Das Vorhaben wird zu 90% von der Europäischen Union im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe gefördert.



Rechte Übergriffe dokumentiert

In den vergangenen Jahren ist es immer wieder zu rassistisch, antisemitisch oder rechtsextrem motivierten Übergriffen und Vorfällen gekommen. Einige davon sind bekannt geworden. Ein Großteil der Taten werden jedoch nicht bekannt oder nicht als solche von der Öffentlichkeit wahrgenommen.

Im Rahmen der Umsetzung des Lokalen Aktionsplans „Für Demokratie und Toleranz – Gegen Rechts extremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ für Pankow baut die Netzwerkstelle [moskito] ein Register zur Erfassung eben solcher Angriffe und Pöbeleien auf. Hier sollen auch die Vorfälle auf-

genommen werden, die unterhalb der Schwelle zur offenen Gewaltanwendung liegen und die oft nicht zur Anzeige gebracht werden. Die Verbreitung rechtsextremer Parolen wird hier ebenso registriert wie die rassistische oder antisemitische Diskriminierung im Supermarkt oder in der Schule.

Kontakt zum Register können Betroffene und/oder ZeugInnen über verschiedene Anlaufstellen knüpfen. Diese Anlaufstellen sind verschiedene Einrichtungen, Gruppen, Initiativen und Akteure, bei denen Betroffene und Zeuginnen Vorfälle melden und einen Fragebogen ausfüllen können.

Eine dieser Anlaufstellen ist nun auch die Linke. PDS Pankow. Kontaktieren Sie unsere Geschäftsstelle in der Kopenhagener Str. 76 in Prenzlauer Berg. Besuchen Sie uns oder rufen Sie uns an, wenn Sie von Ihren Beobachtungen, Erfahrungen und Erlebnissen berichten wollen. Bei Bedarf erhalten Sie auch weiterführende Kontaktadressen von Beratungsmöglichkeiten, wie zum Beispiel der Beratungsstelle für Opfer rechtsextremer, rassistischer und antisemitischer Gewalt.

Ines Pohl

Bezirksverordnete



Dokumentiert

Haftstätte im Rathaus?

Seit dem 22. Oktober dieses Jahres gibt es auf dem Bezirksamtsgelände in der Fröbelstraße ein Denkzeichen, das an die Opfer der Haftstätte im Haus 3 erinnert. Das gesamte Gelände diente nach der Befreiung Berlins vom Naziregime 1945 der Sowjetischen Kriegskommandantur als Sitz. Ins Haus Nr. 3 zog der sowjetische Geheimdienst NKWD ein und errichtete im Keller eine Haftstätte. Ich hatte es so gelernt in meiner Schulzeit, dass solche Haftkeller dazu dienten, Nazis und Helfershelfer der Hitlerdiktatur, auch sogenannte Wehrwölfe einzusperren, zu verurteilen und zu bestrafen. Mehr war mir bis zum Jahre 2002 nicht bekannt. 1950 wurde die Haftstätte vom Ministerium für Staatssicherheit übernommen und mindestens bis 1956 betrieben.

Ein Weltbild geriet ins Wanken

Als frischgebackener Stadträtin wurde mir schon im Februar 2002

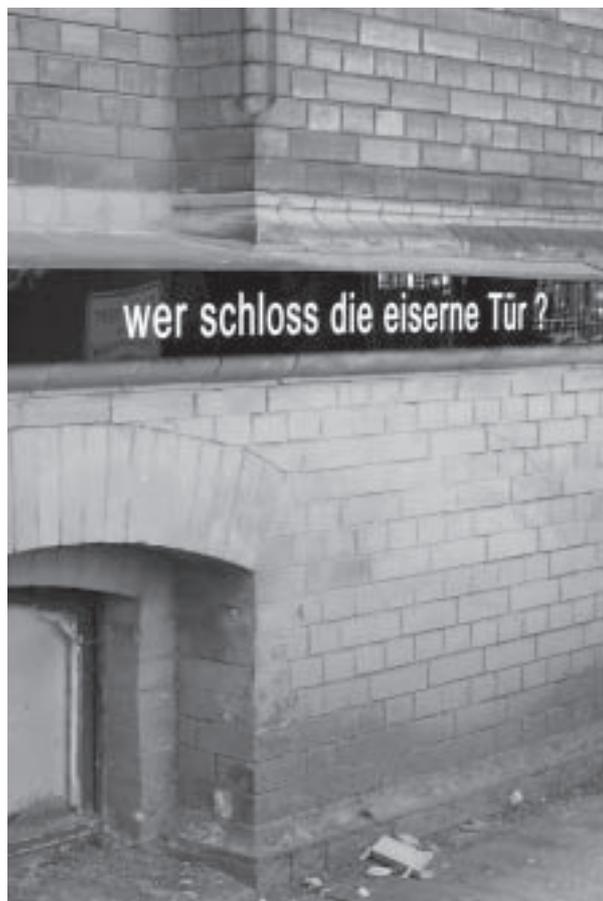
ein Beschluss der Bezirksverordnetenversammlung Prenzlauer Berg aus dem Jahre 1998 vorgelegt. In diesem Beschluss wurden dem Bezirksamt zwei Aufgaben gestellt: Es sollte das gesamte Gelände der Fröbelstraße 17 erforscht werden von seinen Anfängen als Krankenhaus und Siechenhaus bis in die Gegenwart. Bei der Erforschung sollte besonderes Augenmerk auf die Geschichte des Hauses 3 gelegt werden. Das Museum des Bezirkes war diesem Auftrag seit 1998 auch nachgekommen. Als ich mir die Unterlagen anschaute, stellte ich fest, dass in diesem Haftkeller des NKWD tatsächlich der Direktor des Gaswerkes von Prenzlauer Berg als Nazi inhaftiert war und auch eine Schreibkraft der Gestapo. Sie waren sehr kurze Zeit in der Haftstätte und sind dann in die sogenannten Speziallager verlegt worden. Erschreckt war ich, als ich erkannte, dass in dem Keller – wie uns heute bekannt ist – aber mindestens 40-50 Menschen zum Teil monatelang saßen, die keine Nazis waren bzw. nicht unter die vom Alliierten Kontrollrat festgelegten zu inhaftierenden und zu bestrafenden Gruppen fielen. Viele ausführliche Biografien liegen im Museum heute vor und lassen unter Hinzuziehung weiterer Forschungen Verallgemeinerungen zu. Auf diesem Gebiet haben übrigens auch linke Historiker geforscht. Sie sind von mir und ande-

ren konsultiert worden, und sie haben dem Bezirk bestätigt, dass der Kenntnisstand der bezirklichen Forschungen mit ihren Erkenntnissen übereinstimmt bzw. korrespondiert.

Keine rechtsstaatlichen Verfahren

Alle vier Besatzungsmächte hatten in der Direktive Nr. 38 eine äußerst differenzierte Benennung von „Hauptschuldigen, Belasteten (Aktivisten, Militaristen und Nutznießer), Minderbelastete (Bewährungsgruppe), Mitläufer und Entlastete (Personen der vorstehenden Gruppen, welche vor einer Spruchkammer nachweisen können, dass sie nicht schuldig sind)“ vorgenommen. Diese Direktive macht deutlich, wie gründlich sich der Alliierte Kontrollrat mit der Schuld und Mittäterschaft der deutschen Bevölkerung beschäftigt hatte und wie genau die Vorstellungen waren, wie die Entnazifizierung vor sich gehen sollte. Alle alliierten Siegermächte hatten sich früher oder später von den eigenen Grundsätzen entfernt, auch die UdSSR.

Die Forschungen zur sowjetischen Besatzungszone haben offen gelegt, dass die Besatzungsmacht, vor allem ihre verschiedenen Geheimdienste, neben der Entnazifizierung sehr früh auch andere Ziele verfolgten. Das stalinistische Gesellschaftsmodell zu implementieren, war eines davon. Dazu gehörte auch



die Anwendung stalinistischer Herrschaftsmethoden. Das schloss ein, dass Christen, Sozialdemokraten, Kommunisten und andere Bürger, die der Entwicklung in der sowjetischen Besatzungszone kritisch oder ablehnend gegenüber standen, willkürlich verhaftet worden waren. Auch jene, die sich demokratischer Mittel bedienten, wie Plakatierungen gegen die Vereinigung von KPD und SPD, wurden politisch verfolgt. Die Unterlagen zu den Häftlingen aus dem Haftkeller des Hauses 3 auf dem Gelände der Fröbelstraße sagen z.B. eindeutig aus, dass die Spruchkammern nicht, wie vom Alliierten Kontrollrat in mehreren Direktiven einmütig festgelegt, auf der Basis rechtsstaatlicher Grundsätze agierten.

So hatten die Häftlinge keine Möglichkeit, ihre Unschuld nachzuweisen und mussten Odysseen durch verschiedene deutsche und sowjetische Lager und Gefängnisse ertragen. Ein Verweis, dass auch in den anderen Besatzungszonen zum Teil so gehandelt wurde, setzt diese Verstöße der sowjetischen Besatzungsmacht gegen die Vorgaben des Alliierten Kontrollrates nicht ins Recht. Die Mehrzahl der Inhaftierten in der Haftstätte Haus 3 waren keine Menschen, die unter die Direktive Nr. 38 fielen. Sie wurden Opfer sowjetischer Besatzungspolitik.

Errichtung eines künstlerischen Denkzeichens

Die Bezirksverordnetenversammlung hat einstimmig in einem weiteren Beschluss das Bezirksamt beauftragt, für die Opfer des Haftstätte Haus 3 des NKWD, ein künst-



lerisches Denkzeichen zu errichten. Die Idee war von einer achtköpfigen Bürgerinitiative ausgegangen, die sich gebildet hatte, damit die öffentlich sichtbare Kennzeichnung der Haftstätte schneller vorgenommen werden könne. Es entwickelte sich mit der Bürgerinitiative eine streitige, aber konstruktive Auseinandersetzung. Drei öffentliche Diskussionsveranstaltungen wurden von Bürgerinitiative, BVV und Bezirksamt organisiert in diesem Prozess, die gut besucht waren. Dort sind auch Gegner des Denkzeichens aufgetreten, die darin eine Verunglimpfung der Sowjetunion und des MfS sehen. In einem Brief an Thomas Flierl, der von ihm beantwortet wurde, haben sie ihre Auffassung auch dargelegt. Auch der Bezirksvorstand hat sich in einer Sitzung ausführlich mit dem

Thema beschäftigt und dabei auch jene angehört, die das Denkzeichen ablehnen.

Kultursenator Thomas Flierl hat den künstlerischen Wettbewerb aus seinem Etat finanziert. Die Künstlerin Karla Sachse hat ihren Entwurf „fragen!“ verwirklicht: Ein Band mit Fragen umspannt das Haus 3 heute, eine Informationstafel vor dem Haus informiert über die Hintergründe. Nächstes Jahr wird an einer ausführlichen Dokumentation gearbeitet.

Das Bezirksamt setzt die Bearbeitung der Beschlüsse der BVV fort. Im kommenden Jahr wird die Erforschung der Geschichte des gesamten Geländes weiter betrieben.

Almuth Nehring-Venus

Bezirksstadträtin für Kultur, Wirtschaft und öffentliche Ordnung



Generation Weltall – Erde – Mensch

Die Generation der Achtundsechziger kennen wir schon. Nun drängt eine neue nach vorn, die die westdeutschen Eliten vor Neid erblasen lässt. Sie sind beharrlich, fleißig und genügsam. Sie kommen aus dem Osten, die besten aus den Märkischen Wäldern. Im verblichene Staatssozialismus lebten sie getarnt als loyale Mitbürger und sparten sich insgeheim ihre Kräfte für die Zeit danach auf. Nach der Wende tapperten und stolperten sie ins Rampenlicht und wurden belächelt.

Nun hat es sich ausgefeixt, denn sie sind an der Macht. In ihren geliebten grauen (Hosen-) Anzügen lächeln sie bescheiden in jede Kamera: Angela und Matthias – das ostdeutsche Dreamteam.

Wie weiland die Aktivisten der ersten Stunde krepeln sie uneigennützig das ganze Land um. In freier Interpretation der weisen Worte des großen Kohl, der einst feststellte: „Keinem wird es schlechter gehen.“ sagen sie: „Keiner darf ungeschoren davon kom-

men.“ Deswegen: Mehrwertsteuer rauf, Sozialleistungen runter, Steuerschlupflöcher zu. Endlich ist die Einheit der Nation hergestellt, denn alle sollen bluten.

Doch woher haben Angela und Matthias ihre politischen Maxime her? Die Antwort kann nur lauten: durch das intensive Studium des Werkes „Weltall – Erde – Mensch“, das alle braven DDR-Kinderlein an der Schwelle zum Erwachsenwerden erhielten. Angela als junge Forscherin vertiefte sich bestimmt gerne in die Seiten über Archimedes und Matthias war über die Zählung reißen Ströme durch sowjetische Deichbauer begeistert. Eines hält sie jedoch beide bis heute gemeinsam im Bann: die wunderbaren Kapitel über die sozialistischen Menschengemeinschaft. Das Adjektiv sozialistisch haben sie zwar schnell getilgt. Aber was ist daran denn falsch, wenn alle im Kollektiv die Lasten zu tragen haben, Ost und West, Arm und Reich gemeinsam.

Vielleicht hätte man dieses Werk der sozialistischen Literatur doch lieber nicht an alle verteilt.

Ossi-Bossi



WANNWOWASWANNWOWASWANN

- | | | |
|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| 7. Dezember
17.30 Uhr Treffen des Ortsverbandes Weißensee, Kieztreff Weißensee, Pistoriusstraße 24 | 15. Dezember
18 Uhr Basistag im Laden in Pankow, mit MdA Marion Seelig zum Integrationskonzept des Senats, Kopenhagener Straße 76 | 16. Januar
18 Uhr Fraktionssitzung (BVV), Fraktionszimmer, Bezirksamt Fröbelstraße 17 |
| 10./11. Dezember
Bundesparteitag der Linkspartei. PDS, Dresden | 19. Dezember
19.30 Uhr Bezirksvorstand, im Laden in Pankow, Kopenhagener Straße 76 | 19. Januar
18 Uhr Basistag im Laden in Pankow, Kopenhagener Straße 76 |
| 12. Dezember
18 Uhr Fraktionssitzung (BVV), Fraktionszimmer, Bezirksamt Fröbelstraße 17 | 5. Januar
19.30 Uhr Bezirksvorstand, im Laden in Pankow, Kopenhagener Straße 76 | 23. Januar
18 Uhr Fraktionssitzung (BVV), Fraktionszimmer, Bezirksamt Fröbelstraße 17 |
| 14. Dezember
17.30 Uhr 37. Tagung der Bezirksverordnetenversammlung (BVV), Tagungssaal der BVV, Haus 7, Bezirksamt Fröbelstraße 17 | 9. Januar
18 Uhr Fraktionssitzung (BVV), Fraktionszimmer, Bezirksamt Fröbelstraße 17 | 25. Januar
17.30 Uhr 38. Tagung der Bezirksverordnetenversammlung (BVV), Tagungssaal der BVV, Haus 7, Bezirksamt Fröbelstraße |
| | 15. Januar
Liebknecht-Luxemburg-Ehrung, Friedhof der Sozialisten, Berlin-Friedrichsfelde | |

Impressum

Herausgeber: Die Linke.PDS
Bezirksvorstand Berlin Pankow
Kopenhagener Straße 76 in 10437 Berlin
Fon 44 01 77 80 – Fax 44 01 77 81
www.pds-pankow.de
eMail: redaktion@pds-pankow.de

V.i.S.d.P.: Gernot Klemm

Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 29. November 2005
Druck: double express Auflage: 8.000

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Kürzungen und stilistische Überarbeitungen von Zuschriften sind vorbehalten. Auch unverlangt eingesandte Berichte, Meinungen, Fotos usw. werden sorgfältig behandelt.

Das Blatt wird durch Spenden finanziert. Spenden können eingezahlt werden direkt in der Geschäftsstelle bzw. in einem der Kiezbüros oder auf folgendes Konto: 43 84 81 68 00 bei der Berliner Bank, BLZ 100 200 00, Verwendungszweck: 810-505. Diese Spende ist steuerlich absetzbar. Damit wir entsprechende Bescheinigungen für das Finanzamt ausstellen können, benötigen wir Name und Anschrift des Spenders / der Spenderin.